

September 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Unveränderte Kritik an Regierungsarbeit	5
Politikerzufriedenheit: Kanzler bleibt im Ansehenstief	7
Sonntagsfrage: Union vergrößert Vorsprung	8
Weiter ähnlich hohe Grund-Sympathien für Wahl von Union und SPD, Offenheit für AfD gestiegen, für Grünen gesunken	10
Zuspruch für Kindergrundsicherung und Mietpreisregulierung, wenig Beifall für Industriestrompreis	12
Schlechte Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland, pessimistischer Blick auf die kommenden Monate.....	13
Wichtigste Probleme: Wirtschaft, Zuwanderung, Klima und Umwelt, Soziales	15
Kompetenzen: Union im Vorteil in der Wirtschafts- und Zuwanderungspolitik, SPD und Grüne verlieren deutlich	16
Studieninformation.....	17

Zusammenfassung

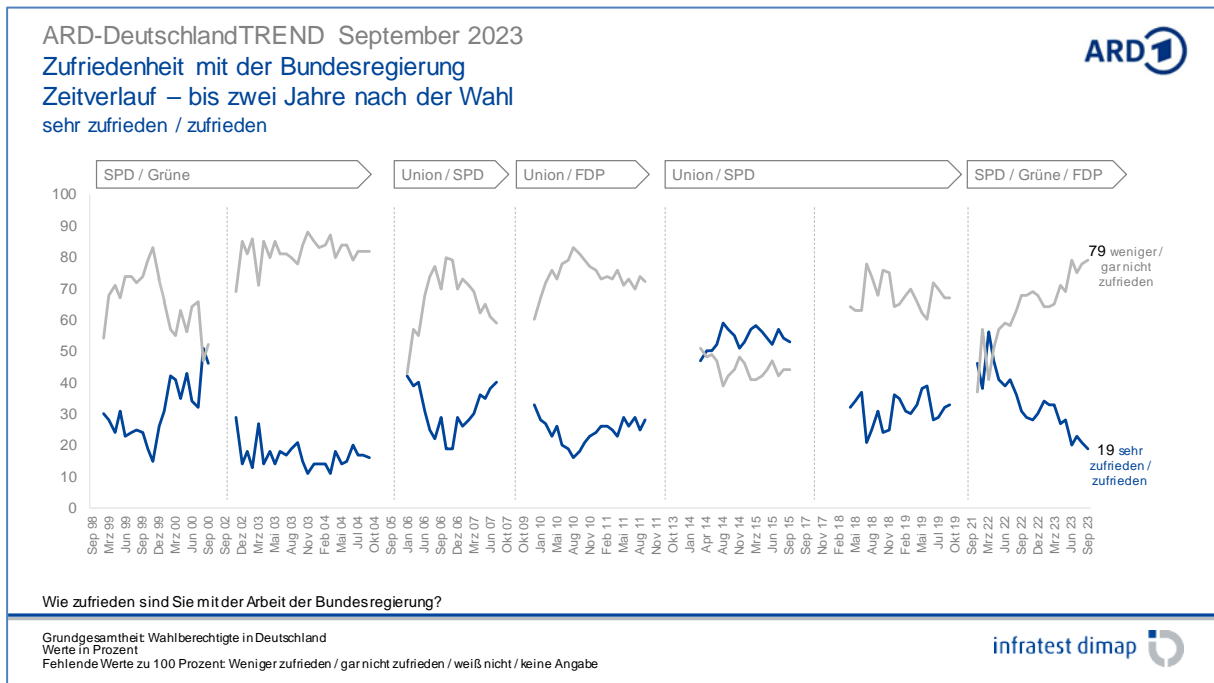
Zu Wochenbeginn ist die SPD-geführte Bundesregierung zur Kabinettsklausur in Meseberg zusammengekommen. Die Klausur fand im Umfeld eines deutlich negativen Meinungsumfeldes statt: Die schon länger anhaltende Kritik der Bundesbürger an der Berliner Regierungsarbeit besteht nicht nur fort, sie erreicht auch einen neuen Höchststand. Zugleich sind abgesehen vom Verteidigungsminister nach wie vor alle abgefragten Kabinettsmitglieder mit überwiegend kritischen Urteilen konfrontiert, Kanzler Scholz fällt im Bevölkerungsurteil auf einen neuen Tiefstwert. Im Ergebnis blieben SPD, Grüne und FDP derzeit bei einer Bundestagswahl weiter ohne gemeinsame Mehrheit. Die CDU/CSU liegt in der Sonntagsfrage mit 29 Prozent unangefochten vorn, gefolgt von der AfD mit 22 und der SPD mit 16 Prozent. Die Grünen kämen auf 14, die Liberalen auf 6 Prozent. Die Linke würde mit 4 Prozent an der Mandatsschwelle scheitern.

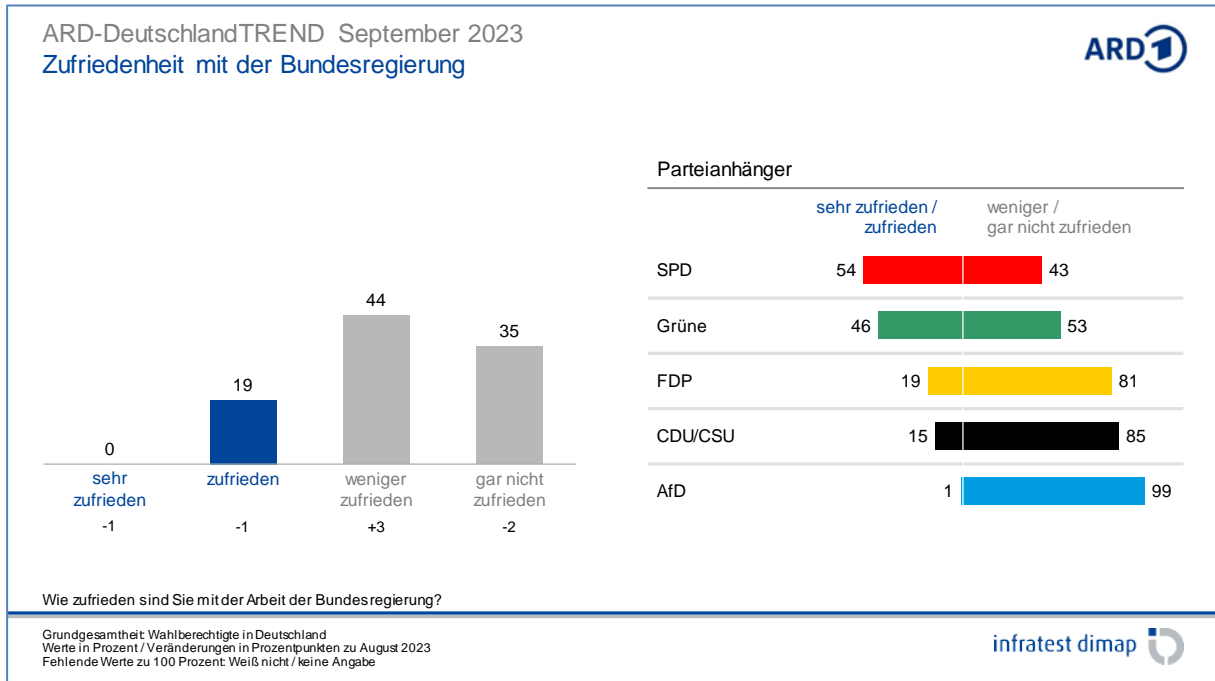
Neben den vielen aktuell zu bewältigenden Krisen gelten koalitionsinterne Streitereien als ein Grund für die Ansehensschwäche der Ampel-Koalition. Die jüngste Auseinandersetzung um die Kindergrundsicherung ist vor der Klausurtagung beigelegt worden. Das Vorhaben einer besseren und vereinfachten Unterstützung von Familien mit Kindern findet in der Bevölkerung Zuspruch. Zu den weiterhin kontroversen Themen in der Koalition zählen die Einführung eines Industriestrompreises sowie eine stärkere Regulierung von Mieten, wie sie von Teilen der SPD und der Grünen gefordert werden. Auf eine staatliche Bezuschussung des Strompreises für energieintensive Branchen reagieren die Bundesbürger eher zurückhaltend: Für vier von zehn gehen entsprechende Ideen in die richtige Richtung. Eine stärkere Begrenzung von Mieterhöhungen fände dagegen in der Bevölkerung mit 72 Prozent eine deutliche Unterstützung. Dass die Bundesregierung, wie im Meseberger 10-Punkte-Plan vermerkt, ein verstärktes Augenmerk auf die Wirtschaft legt, dürfte den Erwartungen vieler Bundesbürger entsprechen. Zum Unbehagen an der Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstandes – für acht von zehn ist er in Deutschland ungerecht verteilt – tritt wieder vermehrt die Sorge um die Sicherung des Wohlstandes selbst. Nur für ein Viertel stellt sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland derzeit positiv dar. Gleichzeitig rechnet fast die Hälfte mit einer verschlechterten Situation in den kommenden 12 Monaten.

Diese nüchterne Sicht spiegelt sich in der Problemagenda der Bundesbürger. So haben dort Fragen von Konjunktur und Wirtschaft in den vergangenen fünf Monaten massiv an Stellenwert gewonnen. Zu den aus Sicht der Bevölkerung wichtigsten Probleme der Bundespolitik zählt die Wirtschaft, gemeinsam mit Zuwanderung, gefolgt von Aspekten des Umwelt- und Klimaschutzes und der sozialen Absicherung. Bei den beiden für die Bürger zentralen Problemen tun sich die Ampelparteien derzeit im Bevölkerungsurteil schwer. Eine gute Wirtschaftspolitik wird mit Abstand am ehesten der CDU/CSU zugetraut. In der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik weckt die Union ebenfalls die größten Erwartungen, mittlerweile gefolgt von der AfD. Auf dem auf der Problemagenda aktuell folgenden Themenfeld, dem Klima- und Umweltschutz, punkten zwar erwartungsgemäß am ehesten die Grünen, während wiederum bei der sozialen Gerechtigkeit die SPD klar vorne liegt. Jedoch überzeugen beide Koalitions-Parteien auf ihrem jeweiligen Kernthemenfeld sichtbar weniger Wahlberechtigte als zur Bundestagswahl. Anders die FDP, die in der Steuerpolitik leicht besser bewertet wird als im Herbst 2021, während ihr Koalitionspartner SPD in der Wirtschaftspolitik und in Steuerfragen deutliche Kompetenzeinbußen zu verkraften hat. In der Familienpolitik, die die koalitionsinternen Debatten mit der Kindergrundsicherung zuletzt bestimmte, verteidigt die SPD ihren Vorsprung aus dem Bundestagswahljahr knapp. Die Grünen sind trotz ihres Einsatzes um die Kindergrundsicherung auch familienpolitisch weniger profiliert als vor zwei Jahren.

Unveränderte Kritik an Regierungsarbeit

Zu Wochenbeginn ist die SPD-geführte Bundesregierung zur Kabinettsklausur in Meseberg zusammengekommen. Das zweitägige Klausurtreffen fand im Umfeld eines deutlich negativen Meinungsumfeldes statt. Dass Bundesregierungen mit ihrer Arbeit zu Beginn ihrer Amtszeit an Rückhalt verlieren, ist nicht ungewöhnlich und galt für Rot-Grün nach 1998 wie 2002, für Schwarz-Rot nach 2005, Schwarz-Gelb nach 2009 und auch für Schwarz-Rot nach 2017. Allerdings haben diese Bundesregierungen weit vor der Hälfte der Legislaturperiode mit ihren Leistungen jeweils wieder Vertrauen bei den Wahlberechtigten aufbauen können. Der Ampel ist eine solche Trendumkehr bisher nicht gelungen. Im Gegenteil. Auch zur Mitte der Legislaturperiode äußert sich eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger unzufrieden mit der Berliner Regierungsarbeit (79 Prozent; +1). Weniger als jeder Fünfte (19 Prozent; -2) ist zufrieden, so dass der Zuspruch zu den Leistungen der Ampel auf einen neuen Tiefstand fällt.

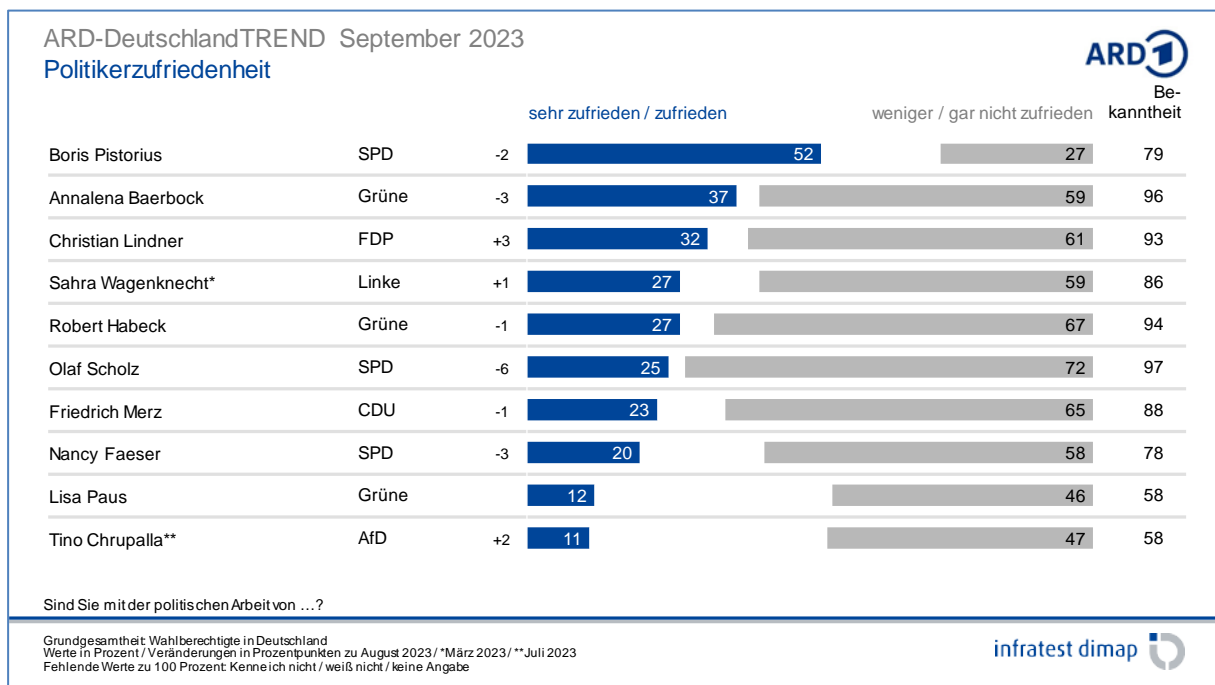




Die aktuelle Kritik an der Arbeit der Bundesregierung überwiegt nicht nur in den Reihen der Opposition. Die FDP-Anhänger fremdeln bereits seit längerem mit der eigenen Koalition und üben auch aktuell deutliche Kritik (19:81 Prozent) an deren Leistungen. Unter den Anhängern von SPD (54:43 Prozent) und Grünen (46:53 Prozent) findet die Arbeit der Bundesregierung wie schon in den Vormonaten etwa ebenso viel Zuspruch wie Ablehnung.

Politikerzufriedenheit: Kanzler bleibt im Ansehenstief

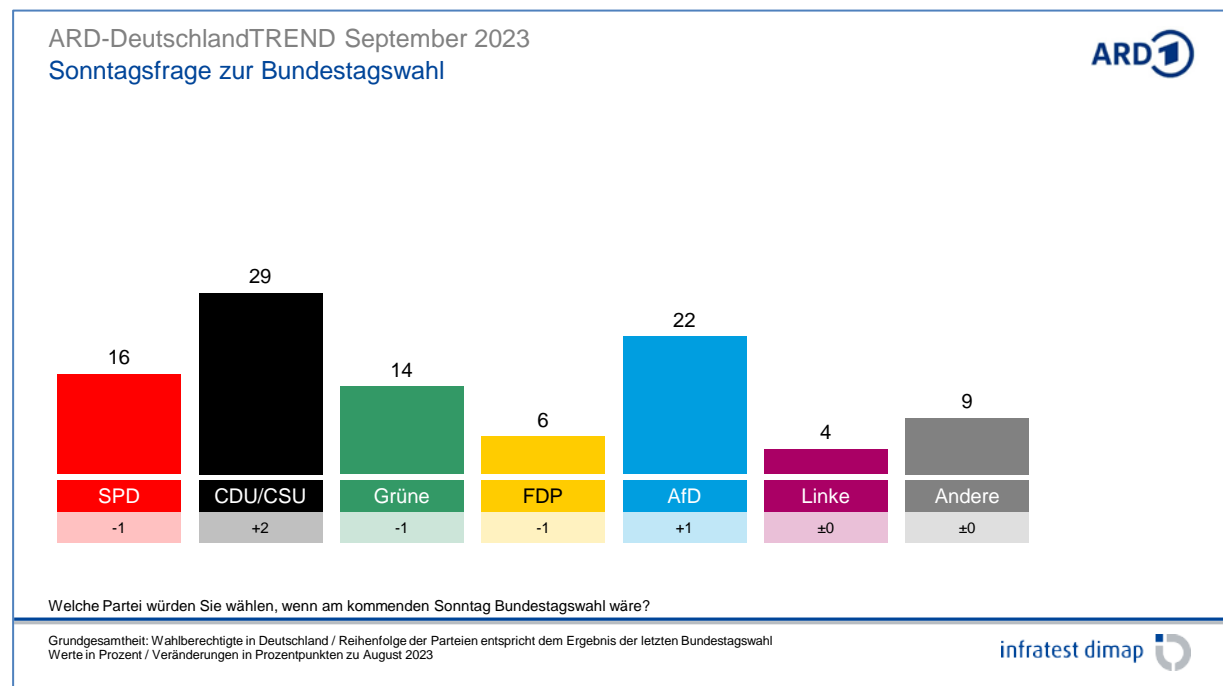
Nach wie vor sind abgesehen vom Verteidigungsminister alle im ARD-DeutschlandTREND abgefragten Kabinettsmitglieder mit überwiegend kritischen Urteilen konfrontiert. Boris Pistorius wird von gut jedem Zweiten (52 Prozent; -2) positiv bewertet. Auf ihn folgt mit deutlichem Rückstand Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock mit einem Zuspruch von nur 37 Prozent (-3). Mit der Arbeit von FDP-Finanzminister Christian Lindner sind derzeit 32 Prozent (+3) zufrieden. SPD-Kanzler Olaf Scholz überzeugt in diesem Monat 25 Prozent (-6), der schlechteste Wert für einen Bundeskanzler seit März 2004 (Gerhard Schröder: 24 Prozent). 27 Prozent (-1) äußern sich zustimmend zur Arbeit von Grünen-Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck. SPD-Innenministerin Nancy Faeser punktet bei etwa jedem Fünften (20 Prozent; -3), Grünen-Familienministerin Lisa Paus bei 12 Prozent der Wahlberechtigten.



Allerdings tut sich weiterhin auch die Opposition mit ihrer personellen Aufstellung schwer. Mit Oppositionsführer Friedrich Merz sind 23 Prozent (-1) zufrieden. Auch von den Unionsanhängern ist nur knapp jeder Zweite (47 Prozent) mit dem CDU-Parteichef zufrieden. AfD-Fraktionschef Tino Chrupalla findet Zuspruch bei lediglich 11 Prozent (+2 zu Juli) der Bundesbürger. Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht, der nachgesagt wird, die Gründung einer eigenen Partei anzustreben, wird bundesweit von 27 Prozent der Wahlberechtigten (+1 zu März) positiv bewertet. Als Person findet sie überdurchschnittlich hohen Zuspruch in Ostdeutschland (39 Prozent) sowie sogar mehrheitlich in den Reihen der AfD (57 Prozent).

Sonntagsfrage: Union vergrößert Vorsprung

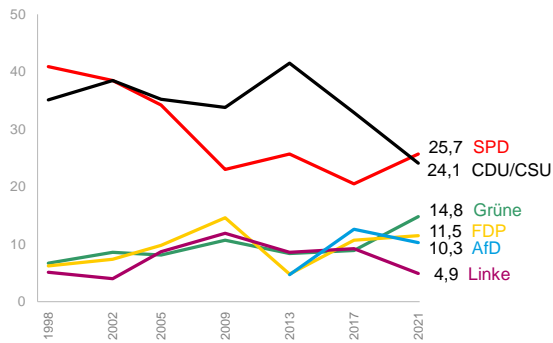
Bei einer Wahl zum Bundestag blieben SPD, Grüne und FDP auch im September ohne gemeinsame Mehrheit. Die CDU/CSU liegt in der Sonntagsfrage mit 29 Prozent (+2 zu Monatsbeginn) unangefochten vorn, gefolgt von der AfD, die derzeit mit 22 Prozent (+1) der Wählerstimmen rechnen könnte. Die SPD hätte einen Wähleranteil von 16 Prozent (-1) in Aussicht. Ein ähnlich niedriges Unterstützungsniveau hatte sie zuletzt im Sommer 2021. Die Grünen kämen momentan auf 14 Prozent (-1). Die Liberalen würden momentan 6 Prozent (-1) erzielen. Die Linke würde mit 4 Prozent (+/-0) an der Mandatsschwelle scheitern.



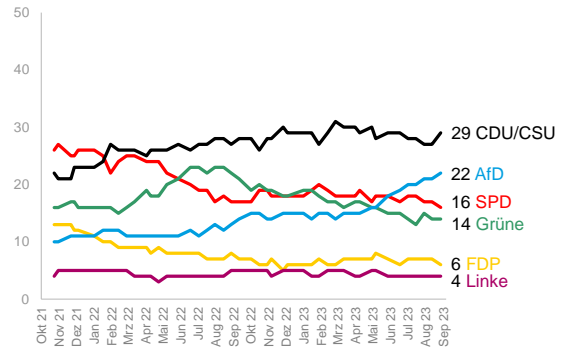
ARD-DeutschlandTREND September 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



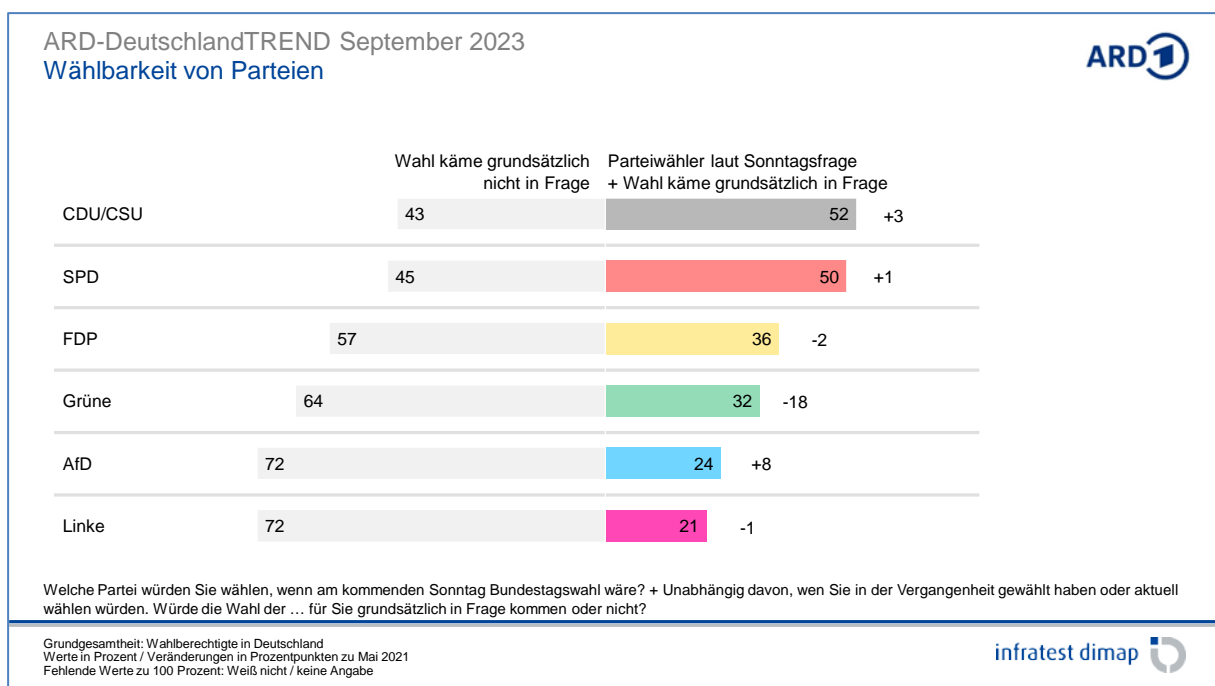
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

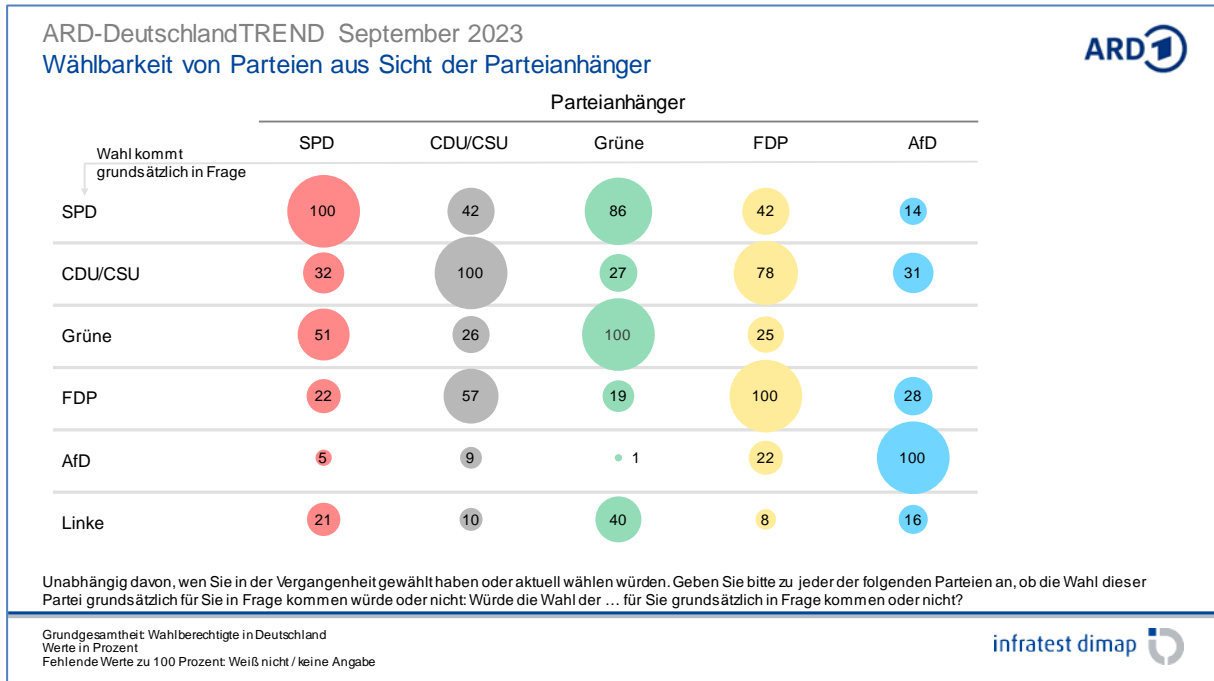
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Weiter ähnlich hohe Grund-Sympathien für Wahl von Union und SPD, Offenheit für AfD gestiegen, für Grünen gesunken

In der momentanen bundespolitischen Stimmung entsprechend der Sonntagsfrage liegt die Union klar vorn, während sich die SPD hinter der AfD sogar nur an dritter Stelle platziert. Berücksichtigt man zusätzlich zu den Personen mit einer aktuellen Parteipräferenz diejenigen, für die die Wahl von CDU/CSU bzw. SPD zumindest prinzipiell in Frage kommt, zeigen sich allerdings wie im Bundestagswahljahr 2021 mit jeweils etwa die Hälfte nach wie vor ähnlich große Teile der Bundesbürger grundsätzlich offen für die Wahl der einstigen Volksparteien. Der entscheidende Unterschied zur Situation von vor zwei Jahren besteht darin, dass sich die Union nach dem Wechsel in die Opposition im Vergleich zur Kanzlerpartei SPD leichter tut, grundlegende Sympathien in tatsächliche Wahlabsichten zu transformieren.



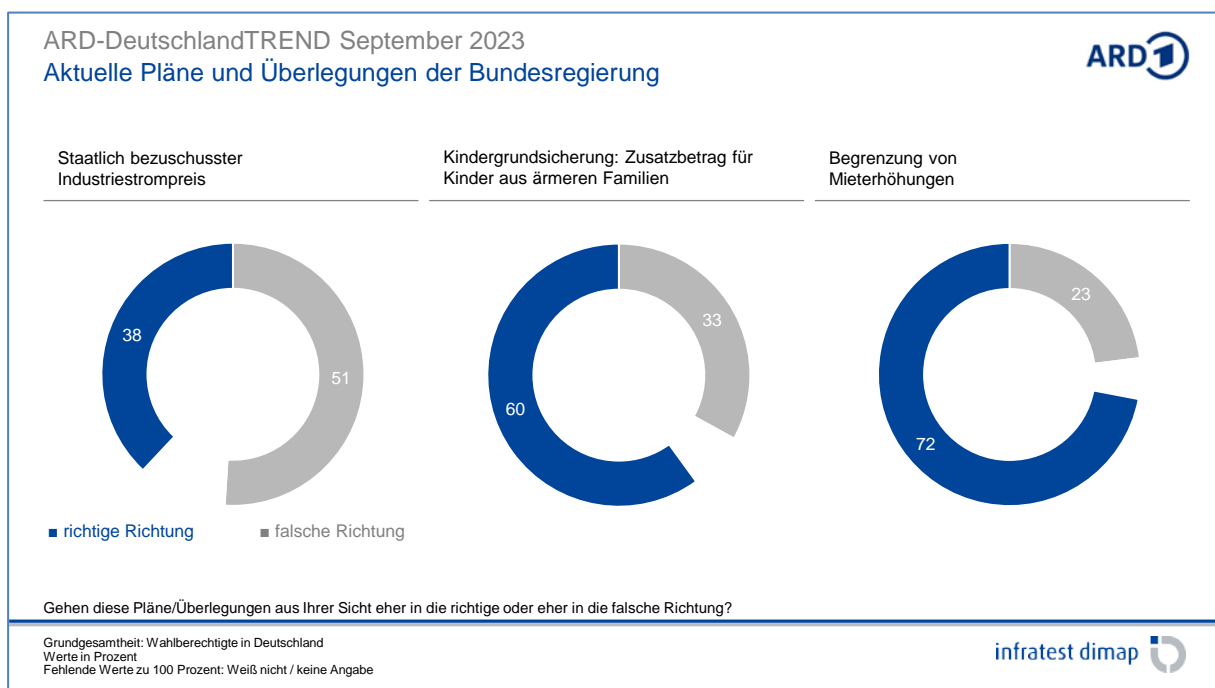
Anders gestaltet sich der Sachverhalt für die AfD. Der Anteil derer mit ernsthafter AfD-Präferenz ist laut Sonntagsfrage gegenüber dem Bundestagswahljahr gewachsen. Zugleich zeigen sich mit 24 Prozent erkennbar mehr Wahlberechtigte prinzipiell offen für eine Wahl der AfD (+8) als noch vor zwei Jahren. Dennoch bleibt das Gesamtreservoir der Partei weiterhin nicht nur hinter dem von Union und SPD zurück. Für die Grünen sind 32 Prozent der Wahlberechtigten derzeit maximal erreichbar, deutlich weniger als noch im Bundestagswahljahr (-18). Zugleich ist gegenüber dem Frühjahr 2021 auch die Zahl derer geschrumpft, die eine Wahl der Grünen laut Sonntagsfrage ernsthaft in Erwägung ziehen. Letzteres gilt nach dem Eintritt in die Ampel-Koalition auch für den Koalitionspartner FDP. Im Unterschied zu den Grünen ist die Offenheit für die FDP-Wahl weitgehend unverändert. Sie stellt für ein gutes Drittel der Wahlberechtigten (36 Prozent; -2) eine grundsätzliche Option dar. Auch die Offenheit für die Wahl der Linken ist mit 21 Prozent (-1) zum Bundestagswahljahr weitgehend stabil bei aber gleichzeitig gesunkener Zahl von Wahlberechtigten, die sie derzeit bei einer Bundestagswahl tatsächlich favorisieren würden.



Bemerkenswert sind die Unterschiede hinsichtlich der Offenheit der einzelnen Partei-Anhängerschaften zur Wahl anderer Parteien. Deutlich werden dabei Lager-Verbundenheiten sowie Unterschiede zwischen den klassischen Parteien und der AfD. Jenseits der eigenen Partei kommt für die aktuellen Anhänger der SPD vor allem die Wahl der Grünen (51 Prozent), für die Anhänger der Grünen vor allem die Wahl der SPD (86 Prozent) in Frage. Umgekehrt zeigen sich die Unions-Anhänger insbesondere für die Wahl der FDP (57 Prozent) offen, während für die derzeitigen FDP-Anhänger in erster Linie die Union (78 Prozent) eine grundsätzliche Wahl-Option darstellt. Die AfD-Anhänger sind dagegen für andere Parteiangebote grundsätzlich weniger zu begeistern. Die größte Anziehungskraft entwickeln für sie CDU/CSU und FDP. Allerdings kommt eine Wahl beider Parteien nur für jeweils drei von zehn AfD-Anhängern prinzipiell in Frage, was die Erfolgchancen zur „Rückgewinnung“ von AfD-Anhängern begrenzen dürfte.

Zuspruch für Kindergrundsicherung und Mietpreisregulierung, wenig Beifall für Industriestrompreis

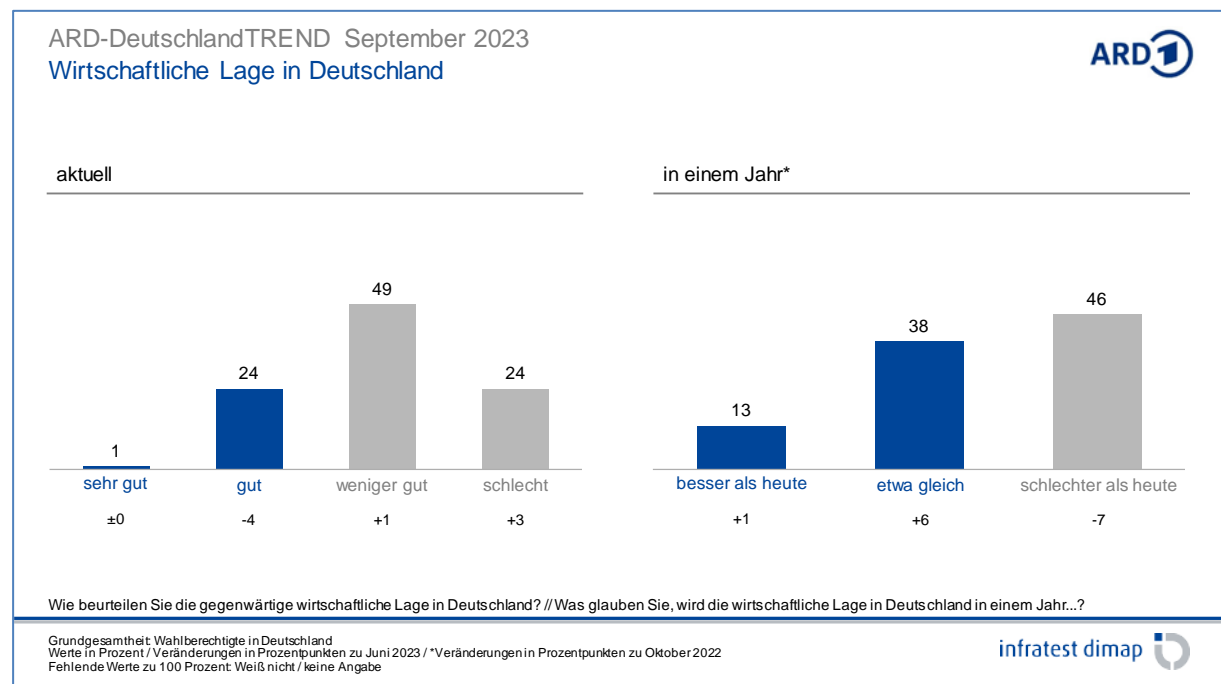
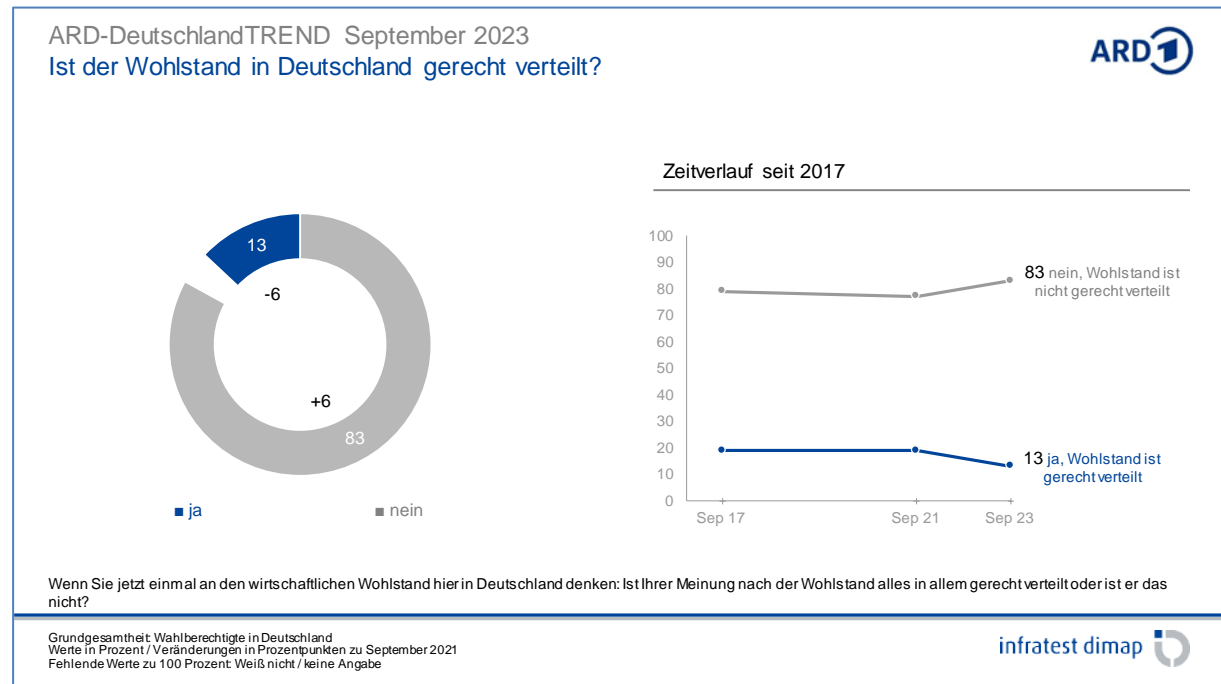
Neben den vielen aktuell zu bewältigenden Krisen gelten koalitionsinterne Streitereien als Gründe für die Ansehensschwäche der Ampel-Koalition. Die jüngste Auseinandersetzung um die Kindergrundsicherung ist vor der Klausurtagung beigelegt worden. Das Vorhaben einer besseren und vereinfachten Unterstützung von Familien mit Kindern findet in der Bevölkerung bei 60 Prozent Zuspruch. Für ein Drittel (33 Prozent) weisen die Beschlüsse in die falsche Richtung. Der koalitionsinterne Konflikt bei diesem Vorhaben besteht zwischen den Anhängern der Regierungsparteien allerdings fort: SPD- (78 Prozent) und Grünen-Anhänger (84 Prozent) äußern sich klar zustimmend, die FDP-Anhänger dagegen nur etwa zur Hälfte (48 Prozent).



Zu den weiterhin kontroversen Themen in der Koalition zählen die Einführung eines Industriestrompreises sowie eine stärkere Regulierung von Mieten, wie sie von Teilen der SPD und der Grünen gefordert werden. Auf eine staatliche Bezuschussung des Strompreises für energieintensive Branchen reagieren die Bundesbürger eher zurückhaltend: Für vier von zehn (38 Prozent) gehen entsprechende Ideen in die richtige, für 51 Prozent in die falsche Richtung. Eine stärkere Begrenzung von Mieterhöhungen fände dagegen in der Bevölkerung mit 72 Prozent eine klare Unterstützung. Allein in den Reihen der FDP findet sich hierfür keine Mehrheit (45:51 Prozent).

Schlechte Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland, pessimistischer Blick auf die kommenden Monate

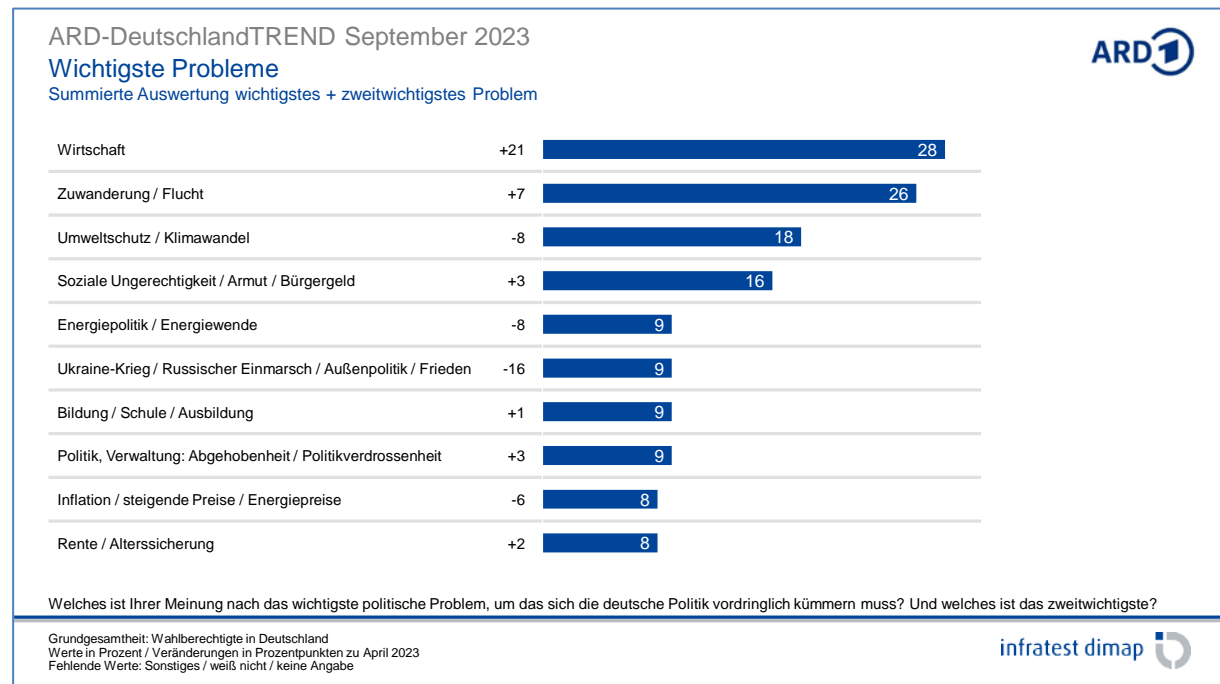
Dass die Bundesregierung, wie im Meseberger 10-Punkte-Plan vermerkt, ein verstärktes Augenmerk auf die Stimulierung der Wirtschaft legt, dürfte den Erwartungen vieler Bundesbürger entsprechen. Zum mehrheitlichen Unbehagen an der Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstandes in Deutschland – für acht von zehn Bundesbürgern (83 Prozent) ist er ungerecht verteilt – tritt wieder vermehrt die Sorge um die Sicherung des Wohlstandes selbst.



So wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland kritischer bewertet als zuletzt. Ein Viertel (25 Prozent; -4) bezeichnet sie aktuell als gut, nach 29 Prozent im Juni. Fast drei Viertel (73 Prozent; +4) äußern sich kritisch. Gleichzeitig rechnet für die kommenden 12 Monate fast die Hälfte (46 Prozent) der Bundesbürger mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Vier von zehn (38 Prozent) gehen von einer gleichbleibenden, nur 13 Prozent von einer verbesserten Situation aus.

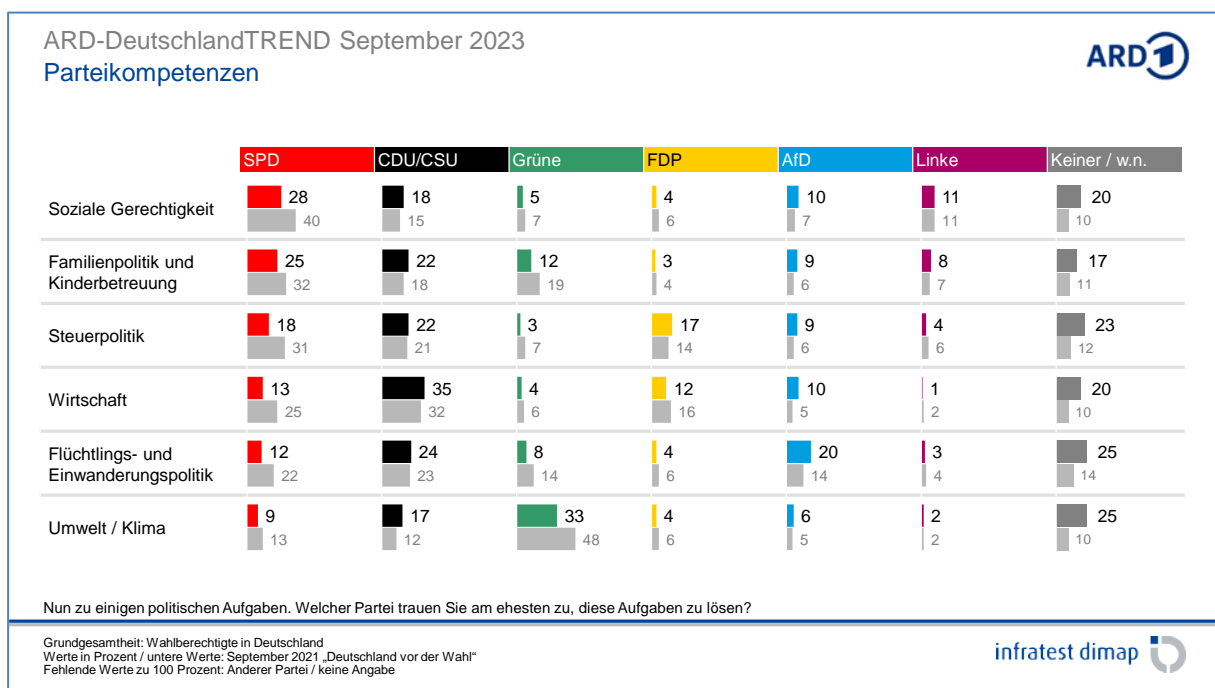
Wichtigste Probleme: Wirtschaft, Zuwanderung, Klima und Umwelt, Soziales

Die kritische Sicht auf die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse spiegelt sich in einer momentan deutlich veränderten Problemagenda der Bundesbürger. Fragen von Konjunktur und Wirtschaft haben dort in den vergangenen fünf Monaten massiv an Stellenwert gewonnen. Auf der Liste der wichtigsten Aufgaben, um die sich die Bundespolitik aus Sicht der Bevölkerung vordringlich kümmern sollte, steht die Wirtschaft (28 Prozent; + 21 zu April), gemeinsam mit Zuwanderung (26 Prozent; +7) derzeit an erster Stelle, gefolgt von Aspekten des Klima- und Umweltschutzes (18 Prozent; -8) sowie der sozialen Absicherung (16 Prozent; +3).



Kompetenzen: Union im Vorteil in der Wirtschafts- und Zuwanderungspolitik, SPD und Grüne verlieren deutlich

Bei den beiden aus Bürgersicht derzeit zentralen Problemen tun sich die Ampelparteien im Bevölkerungsurteil sichtbar schwerer als die Bundestagsopposition. Eine gute Wirtschaftspolitik wird mit 35 Prozent und damit ähnlichen Werten wie zur Bundestagswahl (+3 zu September 2021) am ehesten der CDU/CSU zugetraut. Nur 13 Prozent (-12) setzen dagegen auf die SPD und lediglich 4 Prozent (-2) auf die im Kabinett für Wirtschaftsfragen zuständigen Grünen. In der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik weckt wie zur Bundestagswahl ebenfalls die Union (24 Prozent; +1) die größten Erwartungen, allerdings mittlerweile gefolgt von der AfD (20 Prozent; +6) statt von den Sozialdemokraten (12 Prozent; -10).



Auf dem auf der Problemagenda der Bundesbürger aktuell folgenden Themenfeld, dem Klima- und Umweltschutz, punkten zwar erwartungsgemäß am ehesten die Grünen mit 33 Prozent (-15), während wiederum bei der sozialen Gerechtigkeit die SPD mit 28 Prozent (-12) klar vorne liegt. Allerdings überzeugen beide Koalitionsparteien auch auf ihrem jeweiligen Kernthemenfeld sichtbar weniger Wahlberechtigte als zur letzten Bundestagswahl. Anders die FDP. Sie muss zwar in der Wirtschaftspolitik Federn lassen (12 Prozent; -4). In der Steuerpolitik aber legen die Liberalen zum Herbst 2021 (17 Prozent; +3) leicht zu, während ihr Koalitionspartner SPD wie schon in Wirtschaftsauch in Steuerfragen (18 Prozent; -13) zweistellige Einbußen zu verkraften hat. In der Familienpolitik, die die koalitionsinternen Debatten mit der Kindergrundsicherung zuletzt bestimmte, verteidigt die SPD ihren Vorsprung, allerdings nur noch knapp (25 Prozent; -7). Die Grünen sind trotz ihres Einsatzes um die Kindergrundsicherung auch familienpolitisch weniger profiliert als vor zwei Jahren (12 Prozent; -7).

ARD-DeutschlandTREND September 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.310 Befragte (781 Telefoninterviews und 529 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	28. bis 30. August 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0